

## Antrag

der Fraktion Die Linke

### **Leitlinien umsetzen, Beteiligungskonzepte erstellen, Bürgerbeteiligung stärken!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung bei konkreten Vorhaben konsequent anzuwenden und dafür eine aktuelle und aussagekräftige Vorhabenliste vorzulegen, für die konkrete Beteiligungskonzepte erstellt werden.

- Dabei müssen folgende Punkte besondere Berücksichtigung finden:
- Die Mittel für die zwölf bezirklichen Anlaufstellen dürfen nicht gekürzt werden.
- Die Vorhaben werden durch Beteiligungskonzepte transparent, verständlich und rechtzeitig für die Bürgerinnen und Bürger aufbereitet.
- Die Möglichkeiten für Beteiligung werden so umfassend wie möglich bekannt gemacht.
- Der Beiratsbeirat wird ernstgenommen und in seinen Zuständigkeiten nicht eingeschränkt. Stattdessen soll sich der Beirat entgegen der gegenwärtigen Praxis mit konkreten Beteiligungsprozessen befassen können, um die Umsetzung der Leitlinien zu verbessern.
- Die Ausschreibung für den turnusmäßigen Wechsel der Mitglieder des Beirats der organisierten Zivilgesellschaft und Bürger\*innenschaft darf nicht weiter verzögert werden.
- Änderungen der Leitlinien können nur nach vorheriger Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner und dann durch einen Senatsbeschluss erfolgen.

### ***Begründung***

Die Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wurden, initiiert durch die damalige Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, in einem breit angelegten, partizipativen Prozess entwickelt. Sie sind eine wichtige Grundlage für neue Beteiligungskultur, fördern die politische Willensbildung und stärken Vertrauen in Politik.

Gegenwärtig werden die Leitlinien auf Senatsebene nicht angewandt, obwohl alle Instrumente für deren Umsetzung startklar sind. Ganz im Gegenteil werden die Mittel für die bezirklichen Anlaufstellen gekürzt und wird die dringend notwendige Ausschreibung für die Besetzung des Beirates verzögert.

Die alleinige Bereitstellung von Informationen ohne ein Angebot für Mitsprache ist keine Beteiligung. Tatsächliche Teilhabe muss darüber hinausgehen und allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, zu wissen, was in dieser Stadt passiert und wie sie sich beteiligen können. Im Mai 2024 waren auf der Website <https://mein.berlin.de/> zwar 33 Vorhaben in Verantwortung der Hauptverwaltung angezeigt, 28 jedoch nur als bloße Information ohne ein Angebot für Beteiligung. Viele Projekte auf diesem Informationsportal sind nicht mehr aktuell, die kargen Informationen teilweise irreführend. Da sind einige Bezirke viel weiter und besser aufgestellt.

Der Umgang mit Volksentscheiden und mit den in einem breit angelegten partizipativen Prozess erarbeiteten Leitlinien lässt befürchten, dass der Senat kein Interesse an verbindlicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Berlins hat, und selbst nicht bereit ist, die notwendige und vertrauensschaffende Verbindlichkeit walten zu lassen, wenn im Rahmen von Beteiligungsverfahren Mehrheitsentscheidungen zustande gekommen sind. Das zeigt sich auch am Umgang mit dem Ergebnis des Volksentscheides Tempelhofer Feld.

Demokratie aber lebt von Vertrauen und Vertrauen entsteht durch Einbeziehung und Teilhabe, sowie Verlässlichkeit und Verbindlichkeit im Umgang mit den Ergebnissen von Beteiligungsverfahren.

Berlin, den 25.06.24

Helm      Schulze      Klein      Gennburg  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke